

Stand: 14.05.2024 13:10:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/9988

"Oktoberfestattentat als rechtsextreme Terrorat anerkennen - Angemessene Entschädigung für die Opfer"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/9988 vom 23.09.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/11033 des KI vom 11.11.2020
3. Beschluss des Plenums 18/11496 vom 24.11.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 24.11.2020



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Oktoberfestattentat als rechtsextreme Terrorat anerkennen – Angemessene Entschädigung für die Opfer

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihrer historischen, politischen und moralischen Verantwortung für die Aufarbeitung der Folgen des Oktoberfestattentats vom September 1980 gerecht zu werden und sich auf allen Ebenen für umfassende Hilfen für die Angehörigen der Opfer und die Überlebenden des Attentats einzusetzen.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert,

- sich dafür einzusetzen, dass nach dem Abschluss der Ermittlungen durch die Bundesanwaltschaft und der Neubewertung der Tat als rechtsextremistisch motivierter Terrorakt endlich auch die erforderlichen politischen Konsequenzen gezogen werden und das Oktoberfestattentat gemessen an der Zahl der Opfer als schwerwiegendster rechtsterroristischer Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik historisch gewürdigt und politisch anerkannt wird.
- sich im Bund dafür einzusetzen, dass den überlebenden Opfern und Hinterbliebenen des Attentats nach der politischen Neubewertung des Anschlags schnell und unbürokratisch ein Zugang zu Leistungen aus den Fonds für rechte Terroropfer bzw. für Opfer extremistischer Übergriffe beim Bundesamt für Justiz ermöglicht wird.
- einen eigenen bayerischen Entschädigungsfonds für Betroffene des Oktoberfestattentats einzurichten, der unbürokratische finanzielle Hilfen zur Linderung der langfristigen physischen, psychischen und materiellen Folgen des Attentats bereitstellt.

Begründung:

Die offizielle Einstufung des Oktoberfestattentats als rechtsterroristischer bzw. rechtsextremer Anschlag durch die Bundesanwaltschaft, ist eine notwendige Voraussetzung, um den überlebenden Opfern den Zugang zu Leistungen aus den verschiedenen Bundesfonds für die Opfer rechter und rassistischer Gewalt zu ermöglichen. Bisher hat das Bundesamt für Justiz den Opfern den Zugang zu Entschädigungsleistungen mit der Begründung verwehrt, beim Oktoberfestattentat würde es sich nicht um einen politisch motivierten Anschlag handeln. Diese skandalöse Praxis des Bundesamts muss nun nach der Neubewertung des Attentats durch die Bundesanwaltschaft so schnell wie möglich beendet werden. Aufgrund der besonderen Schwere der Tat muss den Opfern und Hinterbliebenen auch nachträglich ein Zugang zu den erst später eingerichteten Hilfsfonds ermöglicht werden.

Viele Betroffene leiden bis heute unter den Spätfolgen des Attentats. Über notwendige Hilfsleistungen, wie Rollstühle oder Prothesen, mussten sie teilweise Jahrzehnte mit den zuständigen Versorgungsämtern streiten. Die Opfer des Attentats brauchen schnelle und unbürokratische Hilfen zur Linderung der langfristigen physischen, psychischen und materiellen Folgen der Tat. Sie leiden immer noch unter den Spätfolgen der körperlichen Verletzungen oder benötigen oft auch eine psychologische Betreuung. Kosten für eine Psychotherapie, für technische Hilfsmittel wie Gehhilfen, Rollstühle oder orthopädische Schuhe, für notwendige Kuren oder Reha-Leistungen werden häufig nicht vom Versorgungsamt anerkannt.

Viele Opfer fühlen sich deshalb durch Politik und Gesellschaft allein gelassen und vergessen. Der Freistaat Bayern muss aus diesem Grund seiner historischen und politischen Verantwortung gerecht werden und das jahrzehntelange Leiden der Betroffenen anerkennen und mit einem eigenen Entschädigungsfonds wenigstens eine symbolische „Wiedergutmachung“ leisten. Eine angemessene Entschädigung für die Leiden der Opfer wäre auch ein wichtiges Signal der Solidarität und des Respekts.

Beim Oktoberfestattentat vom 26. September 1980 handelt es sich um den größten rechtsextremen Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik. Durch eine am Eingang des Festgeländes deponierte Bombe wurden 13 Menschen getötet und weitere 211 Personen zum Teil schwer verletzt. Der Bombenleger Gundolf Köhler, ein rechtsextremer Student, kam bei dem Anschlag selbst ums Leben. Er wurde von den zuständigen Sicherheitsbehörden sehr schnell als Einzeltäter dargestellt. Die Tat sollte er angeblich aus persönlichen Motiven, Liebeskummer und Frustration über eine nicht bestandene Prüfung an der Universität, begangen haben. Mögliche rechtsextreme Motive der Tat und Kontakte von Köhler zur rechtsextremen Wehrsportgruppe Hoffmann wurden in den Ermittlungen unmittelbar nach dem Anschlag weitgehend vernachlässigt. Die Ermittlungen wurden bereits 1982 vollständig eingestellt.

Nachdem die Einzeltäterthese von Überlebenden des Attentats, Opferanwälten, investigativen Journalisten und Politikern verschiedener Parteien über Jahrzehnte immer wieder angezweifelt wurde, hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen zu dem Attentat im Jahr 2014 wiederaufgenommen. Trotz umfangreicher Ermittlungen, Spurenauswertungen und Zeugenvernehmungen konnten 40 Jahre nach der Tat mögliche Mittäter, Hintermänner oder Mitwisser nicht mehr ermittelt werden. Viele Zeugen leben mittlerweile nicht mehr und wichtige Asservate wurden bereits kurz nach der Tat vernichtet. Die Ermittlungsversäumnisse der Vergangenheit ließen sich deshalb nicht wieder gut machen.

Trotzdem hat die Bundesanwaltschaft an einem wichtigen Punkt ihre Einschätzung aus der Vergangenheit korrigiert und das Oktoberfestattentat nun eindeutig als rechtsextremen Terror eingestuft. Köhler handelte aus rechtsextremen Motiven und wollte mit dem Anschlag anscheinend Einfluss auf die kurze Zeit später stattfindende Bundestagswahl nehmen, bei der Franz-Josef Strauß als Kanzlerkandidat der Union angetreten ist. Die Verantwortung für das Attentat sollte linken Terrorgruppen in die Schuhe geschoben werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/9988

Oktoberfestattentat als rechtsextreme Terrorat anerkennen - Angemessene Entschädigung für die Opfer

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Katharina Schulze**
Mitberichterstatter: **Alfred Grob**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 11. November 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Martin Runge
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/9988, 18/11033

Oktoberfestattentat als rechtsextreme Terrorat anerkennen – Angemessene Entschädigung für die Opfer

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Die fraktionslosen Abgeordneten sind nicht anwesend. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
 Familien im Alltag unterstützen - Erziehungs- und Familienberatungsangebote ausbauen
 Drs. 18/8147, 18/10931 (E)

Über den Antrag wurde bereits am 12.11.2020 abgestimmt.

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Mähtod von Rehkitzen vermeiden - runder Tisch zum Drohneneinsatz und Rettungskonzept für 2021
 Drs. 18/8927, 18/11179 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD
Unterstützung der Opfer und Hinterbliebenen des Oktoberfestattentats
Drs. 18/9285, 18/11035 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Klingen und Fraktion (AfD)
Digitalisierung in der Landwirtschaft - Brandmelder in Stallungen
Drs. 18/9408, 18/11181 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Klingen AfD
Bodenuntersuchung als Grundvoraussetzung für Biologischen Anbau
Drs. 18/9643, 18/11168 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Klingen AfD
Bodenuntersuchung auf Kupfer-Rückstände erweitern
Drs. 18/9644, 18/11169 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Markus Bayerbach u.a. und Fraktion (AfD)
Freien Eintritt für Mandatsträger und Diplomaten in staatlichen Museen und Sammlungen Bayerns streichen
Drs. 18/9811, 18/11036 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Markus Bayerbach u.a. und Fraktion (AfD)
Erfolg der gewachsenen deutschen Hochschullandschaft wiederherstellen - Rückkehr zu den Abschlüssen Diplom, Magister und Staatsexamen
Drs. 18/9836, 18/11106 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u.a. und Fraktion (SPD)
Kulturelle Vielfalt in Bayern erhalten: Kreativ-Stipendien für Soloselbstständige
Drs. 18/9851, 18/11037 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn SPD
Afrikanische Schweinepest in Deutschland - Hilfsprogramm für bayerische Erzeugerinnen und Erzeuger entwickeln und bayernweite Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Wildschweine
Drs. 18/9894, 18/11182 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Margit Wild, Inge Aures u.a. SPD
Versprechen einhalten: Verstärkerbusse vollständig finanzieren!
Drs. 18/9897, 18/11273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oktoberfestattentat als rechtsextreme Terrorat anerkennen - Angemessene Entschädigung für die Opfer
Drs. 18/9988, 18/11033 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konzept zur Finanzierung von First Respondern vorlegen
Drs. 18/9992, 18/11034 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

